

Positionspapier der Stuttgarter FDP zur Flüchtlingssituation

Weltweit befanden sich Ende 2014 rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Das Ausmaß der globalen Flucht und Vertreibung, aber auch der Maßnahmen zur Bewältigung dieser Situation sind enorm.

Die Freien Demokraten bekennen sich auch in der Flüchtlingskrise zur humanitären Verantwortung unseres Landes. Das Grundrecht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention schützen die Menschenrechte und sind deshalb nicht teilbar. In der Praxis zeigt sich aber, dass auch ein reiches und entwickeltes Land wie Deutschland nur begrenzte Aufnahmekapazitäten besitzt. Daher steht die Politik in der Pflicht, mit rechtsstaatlichen Mitteln dafür zu sorgen, dass die Zahl der nach Deutschland einreisenden Flüchtlinge gesenkt wird. Dabei helfen weder rechter Populismus noch linke Romantik, sondern allein Vernunft, Rechtsstaatlichkeit und Pragmatismus.

Kriegsflüchtlingen wollen wir solange Schutz gewähren, bis die Bedrohung von Leib und Leben in ihrer Heimat vorüber ist. Das stellt das derzeitige Aufenthaltsrecht durch den sogenannten subsidiären Schutz sicher: Solange die Bedrohung anhält, droht keine Abschiebung. Für diejenigen Kriegsflüchtlinge, die dauerhaft bei uns bleiben wollen, ist das Asylrecht das falsche Instrument. Dazu benötigen wir zügig ein Einwanderungsgesetz, das die Anforderungen und Kriterien hierfür klarstellt.

Es ist richtig, dass wir Menschen in Not helfen. Dumpfer Abschottungspolemik und fremdenfeindlichen Ressentiments setzen wir Mitgefühl, Weltoffenheit und Toleranz entgegen. Genauso richtig ist es jedoch auch zu erkennen, dass dies mit enormen Herausforderungen verbunden ist. Es wäre naiv, das zu ignorieren.

Allein in Stuttgart leben rund 5000 Flüchtlinge, untergebracht in 82 Flüchtlingsunterkünften. Stuttgart ist eine starke, weltoffene Stadt. Bisher ist es uns gelungen, selbst eine humanitäre Herausforderung dieser Größenordnung zu bewältigen. Die Hilfsbereitschaft der Stuttgarterinnen und Stuttgarter ist erfreulich groß, sehr viele engagieren sich aktiv in Flüchtlingsfreundeskreisen, geben Deutschunterricht, helfen Flüchtlingskindern bei den Hausaufgaben oder organisierten Freizeitaktivitäten. Es darf aber nicht übersehen werden, dass mit wachsender Zahl an Flüchtlingen auch die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger steigen.

Der Stuttgarter Weg, Flüchtlinge dezentral und in kleinen Einheiten unterzubringen, hat sich in der Vergangenheit bewährt. Wir wollen diesen Weg fortsetzen. Wir sehen jedoch bei stetig steigenden Zahlen diesen Weg gefährdet.

Stuttgart hat keinen Einfluss auf die Zahl der zugewiesenen Flüchtlinge. Bund und Land dürfen nicht länger ihre Verantwortung bei den Kommunen abladen, sondern müssen umgehend handeln. Zudem müssen die Fluchtursachen bekämpft und reduziert sowie der Nahe Osten stabilisiert werden. Gemeinsam mit den Nachbarstaaten des Bürgerkriegsgebietes in Syrien und dem Irak müssen verbindliche Vereinbarungen getroffen werden, wie den dort lebenden Flüchtlingen vor Ort Bleibeperspektiven ermöglicht werden können. Insbesondere die Türkei, die über zwei Millionen Syrer beher-

bergt, ist dabei auf internationale Hilfe zur Integration angewiesen. Die Bundesregierung muss zudem in den Herkunftsländern glaubhaft vermitteln, dass eine Einwanderung nach Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen über das Asylrecht ausgeschlossen ist.

Deshalb fordert die FDP Stuttgart Bund und Land dazu auf:

- dass der Bund als Herr über die Asylverfahren die Kosten vollständig übernimmt, die Kommunen müssen finanziell entlastet werden,
- nur noch Flüchtlinge mit einer entsprechenden Bleibeperspektive an die Kommune zu verteilen,
- bei der Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive konsequent und nach Maßgabe geltenden Rechts zu handeln,
- eine deutliche Aufstockung der Stellen beim BAMF, um Asylanträge zeit- und wohnortnah zu bearbeiten zu können,
- damit das vorhandene Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) den Antragsstau bewältigen kann, die pauschale Anerkennung der Antragsteller aus Ländern mit sicherer Bleibeperspektive, nach der Feststellung der Identität und einer Sicherheitsprüfung,
- Arbeitsverbote und Beschränkungen beim Zugang auf den Arbeitsmarkt für Flüchtlinge aufzuheben,
- eine verpflichtende Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen für bleibeberechtigte Flüchtlinge,
- dass angesichts der großen Flüchtlingszahlen die bundesweit 1.600 neu eingestellten Zöllner, die nach Mindestlohnverstößen fahnden, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Bundespolizei unterstützen. Dazu gehören neben mehr Personal bei den Entscheidern auch mehr Richter, um Klagen gegen abgelehnte Asylanträge zu beschleunigen. Zudem muss die Ausreise von Migranten ohne Bleiberecht konsequent durchgesetzt werden,
- statt Wohnungseigentümern mit Strafe zu drohen und das im Grundgesetz verbrieftete Recht auf Eigentum zu beschädigen, muss die Landesregierung kontraproduktive Vorschriften in der Landesbauordnung wieder abschaffen, die das Bauen teurer macht und zu mehr Bürokratie und Bevormundung führt. Der Beschlagnahmung von Privateigentum zur Flüchtlingsunterbringung erteilt die FDP eine klare Absage. Wir fordern die Bundes- und Landesregierung auf, erst einmal nicht genutzte Immobilien des Bundes und der Länder für die Unterbringung von Flüchtlingen umzufunktionieren.

Für Stuttgart fordern wir konkret:

1. Ehrenamtliche Initiativen verdienen Anerkennung und Unterstützung

Die enorme Hilfsbereitschaft der Stuttgarterinnen und Stuttgarter angesichts der zweifellos mit vielen Belastungen verbundenen Flüchtlingssituation ist sehr erfreulich. Sie findet ihren Ausdruck auch im ehrenamtlichen Einsatz vieler Hilfsorganisationen und bürgerschaftlicher Initiativen. Dieses Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung. Wir fordern deshalb, Freundeskreise besser zu vernetzen und Ehrenamtliche zu qualifizieren und begrüßen es, dass unserem Antrag stattgegeben wurde, eine Koordinierungsstelle bei der Stadt für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe zu schaffen.

2. Sprach- und Integrationskurse von Anfang an

Für alle Flüchtlinge mit Bleibeperspektive ist die Beherrschung der deutschen Sprache eine notwendige Voraussetzung zur Integration. Der frühzeitige Sprachunterricht für Flüchtlinge ist daher unabdingbar. Kommunale Sprachangebote und die Sprachangebote der BA müssen besser vernetzt werden. Einmal genehmigte kommunale Sprachkurse müssen auch zu Ende geführt werden.

Ergänzend zu diesen Kursen schlagen wir vor, dass die Stadt mit den Anbietern von Sprachlern-Apps in Verhandlungen über Volumenlizenzen für Flüchtlinge tritt, damit die Nutzer auch außerhalb der Kurse schneller Deutsch lernen können.

Des Weiteren fordern wir die Aufstockung der Clearingstelle bei der Stadt Stuttgart, damit die Flüchtlinge den Sprachkursen schneller zugewiesen werden können.

Wer bei uns eine neue Heimat finden will, muss nicht nur die deutsche Sprache sprechen, sondern sich auch mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung identifizieren. Die Teilnahme an Integrationskursen ist für uns daher unabdingbar und ist daher von den Kommunen vor Ort anzubieten.

3. Arbeit als Chance für alle

Wer seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann, gewinnt Selbstvertrauen und ist auf dem besten Weg, in die Gesellschaft integriert zu werden. Laut Bundesagentur für Arbeit hat rund die Hälfte der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge eine berufliche oder akademische Ausbildung. Viele Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung nach Deutschland kommen, werden längerfristig bleiben. Der „barrierefreie“ Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt ist daher ein wesentlicher Beitrag zur Integration. Alle bisherigen Hürden – durch eine Sperrfrist bzw. nachfolgende Vorrangprüfungen – sind daher abzuschaffen. Standardisierte Qualifikationsabfragen schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen können ein wichtiger Schritt sein, um vorhandene berufliche Qualifikationen frühzeitig festzustellen und eine Vermittlung zu erleichtern.

Die Stadt wird aufgefordert, kurzfristig in Abstimmung mit den Wirtschaftsverbänden und den Kammern der Region sowie der Bundesagentur für Arbeit Konzepte speziell für eine Stellenvermittlung und Vermittlung von Praktika für Flüchtlinge auszuarbeiten.

Es muss hierbei zudem möglich sein, dass Flüchtlinge parallel zu den Sprachkursen auch in Teilzeit arbeiten oder Praktika absolvieren können. Genauso sollte es möglich sein, Flüchtlinge in Arbeitsgelegenheiten (1-EUR-Jobs) zu vermitteln.

4. Die Ausbildung junger Flüchtlinge ist zu fördern

Zur Unterstützung der Integration junger Flüchtlinge sind Ausbildungsmaßnahmen im Zusammenwirken mit den ausbildenden Berufen zu fördern. Der Erwerb von allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsabschlüssen soll dabei auch bei jungen Erwachsenen ermöglicht und unterstützt werden. Generell sind hier flexible Ausbildungs- und Beschulungskonzepte nötig. Wir fordern, dass ausreichend Lehrer, KiTa-Personal und Sozialarbeiter für das Recht auf Bildung zur Verfügung gestellt werden.

Junge Flüchtlinge ohne Aufenthaltstitel sollen die Garantie erhalten, bis zur Beendigung ihrer Ausbildung nicht abgeschoben zu werden. Damit erhalten Ausbildungsbetriebe eine Garantie, dass ein Auszubildender die Ausbildung abschließen kann. Die Aussicht, den Auszubildenden im Anschluss zu übernehmen, stellt für viele Betriebe eine wichtige Perspektive dar. Deshalb fordern wir, dass Flüchtlinge, die ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, auf Antrag ihrer Betriebe ein Bleiberecht erhalten.

5. Bessere und frühzeitige Information von Bürgern und Bezirksbeiräten

In der Vergangenheit hat die Stadt Stuttgart sowohl die Bürgerschaft als auch die Bezirksbeiräte nicht ausreichend über ihre Pläne zur Unterbringung von Flüchtlingen informiert. Dadurch ist viel Vertrauen in die Verwaltung verloren gegangen. Die Verwaltung wird aufgefordert, ab sofort, rechtzeitig, vor allem vor der Herausgabe von Informationen an die Presse über ihre Pläne zur Unterbringung von Flüchtlingen zu informieren. Die Bezirksbeiräte und die Bürgerschaft sollen bereits im Vorfeld aktiv in die Suche von geeigneten Standorten eingebunden werden.